

# **BR/GT I/19 d/69**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG EINES  
EUROPAEISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 20. Oktober 1969  
BR/GT I/19/69

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS  
UEBER EIN EUROPAEISCHES  
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 86 b bis 96 und 112 a

(von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung)

Artikel 86 b (neu)

Bekanntmachung der Erledigung einer Patentanmeldung

Wird eine gemäss Artikel 86 a veröffentlichte europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen oder gilt sie als zurückgenommen, so wird ein Hinweis darauf in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Artikel 87

Beginn des Schutzes

- gestrichen -

Artikel 37 a

Einwendungen gegen die Patentierbarkeit der angemeldeten  
Erfindung

- (1) Nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung kann jeder Dritte seine Einwendungen gegen die Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.
- (2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen werden dem Anmelder mitgeteilt.

KAPITEL II  
NEUHEITSPRUEFUNG  
Artikel 88  
Antrag auf Prüfung

- (1) Das Europäische Patentamt prüft auf Antrag, ob die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens genügen.
- (2) Der Antrag kann vom Anmelder oder von jedem Dritten bis zum Ablauf von  $\boxed{x}$  Jahren nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.
- (3) Wird der Antrag vom Anmelder gestellt, so soll dieser mit dem Antrag zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.
- (3a) Wird der Antrag für die Anmeldung eines europäischen Zusatzpatents gestellt, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Zustellung der Aufforderung für die Anmeldung des Hauptpatents einen Antrag nach Absatz 1 zu stellen. Wird der Antrag nicht gestellt, so gilt die Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents.

zu Artikel 88

- (4) Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.
- (5) Ist ein Antrag auf Prüfung gemäss Absatz 2 eingereicht worden, so gelten spätere Anträge auf Prüfung als nicht eingegangen. Entrichtete Gebühren werden zurückgezahlt.
- (6) Wird bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist ein Antrag auf Prüfung nicht gestellt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Bemerkung:

Dieser Artikel soll erneut geprüft werden, wenn neue Vorschläge des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe vorliegen.

Artikel 89

Uebergang des Verfahrens auf die Prüfungsabteilung

Sobald ein Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung gestellt ist, geht das Verfahren auf die Prüfungsabteilung über, jedoch nicht vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik.



Artikel 90

Bekanntmachung des Prüfungsantrags

- (1) Ein Hinweis auf den Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.
- (2) Der Antrag wird dem Anmelder mitgeteilt, sofern er den Antrag nicht selbst gestellt hat.

Artikel 90 a

Stellungnahme des Anmelders der europäischen Patentanmeldung

- (1) Hat der Anmelder den Antrag auf Prüfung gestellt, bevor ihm der Bericht über den Stand der Technik zugegangen ist, oder hat der Anmelder den Antrag auf Prüfung nicht selbst gestellt, so fordert das Europäische Patentamt ihn auf, innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu erklären, ob er die Anmeldung aufrechterhält, sowie innerhalb derselben Frist zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen zu ändern.
- (2) Teilt der Anmelder nicht innerhalb der nach Absatz 1 bestimmten Frist mit, dass er die Anmeldung aufrechterhält, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Artikel 91

Antrag auf Anschluss

-- gestrichen --

Artikel 92

Einwendungen gegen die Gültigkeit des vorläufigen  
europäischen Patents

- übernommen in Artikel 87 a -

Artikel 93

Stellungnahme des Inhabers des vorläufigen europäischen Patents

- gestrichen -

Artikel 93 a

Beschränkung der Aenderung der Ansprüche

- übernommen in den Artikel 97 b -

Artikel 94

Prüfung der europäischen Patentanmeldung

- (1) Die Prüfungsabteilung beginnt mit der Prüfung der europäischen Patentanmeldung nach Eingang des Antrags auf Prüfung, wenn der Anmelder zu dem Bericht über den Stand der Technik und den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung genommen hat oder die gemäss Artikel 90 a Absatz 1 hierfür bestimmte Frist abgelaufen ist. An dem Verfahren vor der Prüfungsabteilung ist nur der Anmelder beteiligt.
- (2) - übernommen in Artikel 88 Absatz 1 -
- (3) Die Prüfungsabteilung kann beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag einen zusätzlichen Bericht über den Stand der Technik einholen. Stellt die Prüfungsabteilung fest, dass der zusätzliche Bericht mit Rücksicht auf Änderungen der Patentansprüche notwendig ist, die der Anmelder vorgenommen hat, so fordert sie den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Zusatzgebühr zu entrichten. Wird die Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Artikel 95

Prüfungsbescheid

- (1) Ergibt die Prüfung, dass die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens nicht genügen, so teilt die Prüfungsabteilung dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen sowie gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form vorzulegen.
- (2) Der Prüfungsbescheid ist zu begründen; er soll alle Gründe zusammenfassen, die der Erteilung des europäischen Patents entgegenstehen.



Artikel 96

Erneute Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

- (1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, dass die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens genügen, so teilt sie dem Anmelder und gegebenenfalls dem Dritten, der den Prüfungsantrag gestellt hat, mit, in welcher Fassung sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt.
- [(2) Das Europäische Patentamt veröffentlicht eine Schrift, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen in der in Absatz 1 vorgesehenen Fassung enthält. In der Schrift sind die Vertragsstaaten aufgeführt, die der Anmelder benannt hat. In einer Mitteilung im Europäischen Patentblatt wird bekanntgemacht, dass diese Schrift veröffentlicht worden ist. Ein Hinweis auf diese Bekanntmachung wird im europäischen Patentregister eingetragen.]
- [(3) Ist die europäische Patentanmeldung noch nicht gemäss Artikel 86 a veröffentlicht, so wird gleichzeitig mit der Bekanntmachung nach Absatz 2 eine Veröffentlichung herausgegeben, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthält.]

Bemerkung:

Dieser Artikel wird erneut geprüft werden, insbesondere Absatz 3, dessen derzeitige Fassung ("Bekanntmachung nach Absatz 2") mit der vorläufig für Absatz 2 gewählten Fassung offenbar nicht in Einklang steht.

ER/GT I/19 d/69 bn

Artikel 112 a (neu)

Entscheidung der Grossen Beschwerdekammer in bestimmten Rechtsfragen

- (1) Zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung oder wenn sich eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung stellt,
- a) befasst die Beschwerdekammer, bei der ein Verfahren anhängig ist, die Grosse Beschwerdekammer, sofern hierzu eine Entscheidung erforderlich ist;

b) 1. Fassung:

kann der Präsident des Europäischen Patentamts jederzeit die Grosse Beschwerdekammer in solchen Fällen um die Abgabe von Stellungnahmen ersuchen, in denen kein Verfahren anhängig ist<sup>7</sup>.

2. Fassung:

kann der Präsident des Europäischen Patentamts eine Rechtsfrage der Grossen Beschwerdekammer vorlegen, wenn zwei Beschwerdekammern über diese Frage voneinander abweichende Entscheidungen getroffen haben<sup>7</sup>.

- (2) Die in Absatz 1 Buchstabe a vorgesehene Entscheidung der Grossen Beschwerdekammer ist für die Entscheidung der Beschwerdekammer über die anhängige Beschwerde bindend.

Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe muss diese Bestimmung, die vom Redaktionausschuss ausgearbeitet worden ist, noch prüfen.